

# Programm

zur Kommunalwahl 2024

Kreis Reutlingen: Sozial, nachhaltig und lebenswert

# Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler im Landkreis Reutlingen,

linke Politik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie tritt ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und die Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohner\*innen. Der Landkreis soll über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst bestimmen können. Seine Entscheidungs-kompetenz darf nicht an privatwirtschaftlich organisierte Interessengruppen abgegeben werden; Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme anvertraut sind, müssen erhalten und ausgebaut werden. **Mit diesem Wahlprogramm stellen wir Ihnen die Schwerpunkte unserer kommunalpolitischen Arbeit im Landkreis vor:**

1. Medizinische Versorgung erhalten und verbessern
2. Inklusion für alle verwirklichen
3. Umfassende Bildungschancen im ganzen Landkreis
4. Solidarität mit Geflüchteten
5. Infrastruktur im ländlichen Raum fördern
6. Bezahlbarer Wohnraum
7. Förderung und Integration von Arbeitslosen
8. Lokale Initiativen für den Klima- und Umweltschutz
9. Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte
10. Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land
11. Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen
12. Kinder/Jugendarmut bekämpfen – Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen

**Am 09. Juni haben Sie die Wahl:** Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für einen sozialen, nachhaltigen und lebenswerten Kreis Reutlingen.

Für Ihr Vertrauen bedanken wir uns!

*Timo Widmaier, Manfred König, Rüdiger Weckmann, Helga Fischer, Erika Filp*



# 1. Medizinische Versorgung sicherstellen und verbessern

Die von Bundes- sowie Landesregierung geplante Ausdünnung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgungsleistungen im ländlichen Raum und die damit verbundenen längeren Anfahrtswege führen notwendigerweise zu einer schlechteren gesundheitlichen Versorgung. Diese Politik widerspricht damit dem gesetzlich geforderten Sicherstellungsauftrag.

Deshalb muss neben dem Klinikum am Steinenberg auch unbedingt die Albklinik in Münsingen als Krankenhaus der medizinischen Grundversorgung erhalten bleiben. DIE LINKE kann Bestrebungen, die bestehende Finanznot unserer Kreiskliniken durch Privatisierungen aufzufangen, nicht mittragen. Die finanziellen Probleme der Krankenhäuser resultieren einerseits aus dem System der Fallpauschalen und andererseits aus der nicht bzw. nur unzureichend erfüllten Investitionsverpflichtung des Landes.

Die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte ist immens gestiegen, die Arbeitsleistung kann oft nur unter Bedingungen erbracht werden, die längerfristig die Beschäftigten krank machen. Abhilfe ist dringend geboten. Wir fordern daher:

- **Gesundheitsversorgung** darf nicht rein betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden. DIE LINKE lehnt deshalb die Auslagerung der Geschäftsführung der Kreiskliniken an private Krankenhausbetreiber ab.
- **Die Kreiskliniken** sollen im Interesse der Bürger\*innen in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Sie dürfen nicht an private Träger verkauft werden!
- **Keine weitere Ausdünnung** der medizinischen Leistungen im ländlichen Raum!
- **Qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung** für den ganzen Landkreis:
- **Keiner soll sterben, nur weil der Notarzt nicht in 15 Minuten da ist!** Tatsache ist, dass in Gemeinden im südlichen Landkreis die Rettungskräfte nicht immer in den gesetzlich vorgeschriebenen 15 Minuten am Einsatzort sind: Wir fordern den Landkreis auf, sich für zusätzliche Rettungswachen einzusetzen!
- **Die Ausstattung der Rettungswachen** mit Einsatzfahrzeugen soll verbessert werden: Zwei Einsatzfahrzeuge pro Wache sollte Standard sein!

## 2. Inklusion für alle verwirklichen

Inklusion wird bislang noch fast ausschließlich auf Menschen mit sogenannten Behinderungen bezogen, dies begrenzt jedoch Inklusion auf diesen Personenkreis. Inklusion steht vielmehr für eine kommunale Politik gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie funktioniert nicht ohne Barrierefreiheit, doch bauliche Veränderungen und speziell ausgerüstete Fahrzeuge reichen nicht aus, um den Alltag barrierefrei zu gestalten. Barrierefreiheit heißt, dass Gebäude und öffentliche Plätze, Arbeitsstätten und Wohnungen, Verkehrsmittel und Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen und Freizeitangebote so gestaltet werden, dass sie für alle ohne fremde Hilfe zugänglich sind. DIE LINKE fordert daher:

- **Inklusion** in den Schulen des Landkreises mit entsprechender Personalausstattung (Schulbegleiter\*innen und speziell ausgebildete Lehrer\*innen).

- **Barrierefreiheit** aller Behörden des Landkreises.
- **Die Schulen** in Verantwortung des Landkreises müssen barrierefrei werden.
- **Alle Busse und Züge** für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und vor allem für Rollstuhlfahrer\*innen zugänglich machen.
- **Die Arbeit der Inklusionskonferenz** soll weitergeführt werden.

Zunehmend wird statt stationärer Betreuung ambulante Betreuung in der Eingliederungshilfe durchgeführt, dadurch sollen Kosten gespart werden. Dabei gibt es wirklich qualitativ hochwertige ambulante Betreuung nicht zum Billigtarif.

- **Die Art der Betreuung** muss sich an dem individuellen Hilfebedarf orientieren.
- **Soziale Vereinsamung und Verwahrlosung** der Menschen in dezentralen Wohngruppen darf keinesfalls das Ergebnis sein. Deshalb muss das Wohnen in Gruppen oder alleine angemessen vorbereitet werden (z. B. Tagesstruktur, Haushaltsführung, Umgang mit Konflikten, Behördengänge etc).
- **Menschen**, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten in Einrichtungen im Landkreis untergebracht sind, sollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben dürfen, auch wenn sie ursprünglich nicht aus dem Kreis Reutlingen stammen.

### **3. Umfassende Bildungschancen im Landkreis**

Die Bildungsangebote im ländlichen und städtischen Raum sollen gleichwertig sein. Beim zurzeit laufenden Prozess der regionalen Schulentwicklung im Landkreis ist der LINKEN wichtig:

- **Möglichst viele Standorte** für berufliche Schulen sollen erhalten bleiben und gestärkt werden.
- **Insbesondere die beruflichen Schulstandorte** in Bad Urach, Metzingen und Münsingen sollen attraktive, qualitativ hochwertige Bildungsangebote erhalten.

### **4. Solidarität statt Hetze – Integration ermöglichen, Rassismus bekämpfen**

Wir begegnen Geflüchteten mit derselben Solidarität, mit der wir allen Menschen begegnen. Solange die Fluchtursachen auf unserer Erde nicht nachhaltig beseitigt werden, stehen wir weiter in der Pflicht, Geflüchtete bei uns aufzunehmen. Sie benötigen nach den Strapazen und Gefahren ihrer Flucht vor Kriegen, Massakern, Umwelt- und Hungerkatastrophen dringend unsere Hilfe und menschliche Nähe.

DIE LINKE tritt deshalb für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Im kommunalen Handlungsspielraum verstehen wir darunter eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung, respektvollen Umgang, Beratung und Begleitung, spezielle Angebote für traumatisierte Menschen sowie qualifizierte Integrationsangebote in Ausbildung und Beruf. Bereits erfreulich integrierten Menschen müssen wir ein Bleiberecht zustehen statt diese abzuschieben.

Der Landkreis Reutlingen soll Kapazitäten für Sozialbetreuung und soziale Integration für Kreisgemeinden zur Verfügung stellen, die Geflüchtete aus Seenotrettungen im Mittelmeer im Rahmen der Aktion "Sicherer Hafen" aufnehmen. DIE LINKE setzt sich auch künftig ein für:

- **Dezentrale Unterkünfte** im gesamten Landkreis.
- **Bleiberechtsunabhängiges, bedarfsgerechtes Angebot an Sprachkursen** (mit Kinderbetreuung).
- **Reguläre Kindergarten-/Kitaplatzvergabe** für alle Kinder.
- **Zugang zu psychologischer Behandlung.**
- **Abbau der Sprachbarrieren** durch professionelle Dolmetscher\*innen.
- **Ausreichend sozialpädagogische Begleitung** in den Unterkünften.
- **Finanzielle Unterstützung von Initiativen** zur sozialen und kulturellen Integration, wie beispielsweise Theater- oder Musikgruppen.
- **Förderung politischer Veranstaltungen** zum Demokratieverständnis und gegen Rechtsextremismus in Schulen und Jugendhäusern.

Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Wir wollen in unserer Gesellschaft Akzeptanz und Verständnis fördern und jede Form der Ausgrenzung verhindern. Wir beteiligen uns aktiv an regionalen Bündnissen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung.

## 5. Infrastruktur im ländlichen Raum fördern

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen brauchen wir eine funktionierende regionale Strukturpolitik. DIE LINKE will die Lebensverhältnisse der Menschen gleichberechtigt aufwerten – in der Stadt und auf dem Land:

- **Hierfür sind verstärkt kulturelle Angebote und öffentliche Dienstleistungen** in den ländlichen Gemeinden nötig. Versorgungsleistungen werden immer stärker auf die Städte konzentriert; das betrifft unter anderem die medizinische Versorgung, den Einzelhandel und schnelles Internet.
- **Anbindungen im Nahverkehr** benötigen weiteres Verdichten

**DIE LINKE fordert einen umfassenden Mobilitätsplan.** Die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs ist zu optimieren durch:

- **Bessere Taktung der Anschlüsse** sowie dafür aktuelle Analyse der Bedarfsstrukturen. Auch auf Dörfern sollen Busse nicht nur sporadisch fahren
- **Vernetzte Erreichbarkeit des gesamten Landkreises** durch den ÖPNV: wofür die Fahrpläne von Bus und Bahn abzustimmen und ggf. neue Linien zu schaffen sind

**Langfristig strebt DIE LINKE kostenlosen Nahverkehr an.** Mobilität ist eine Voraussetzung zur sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe in unserer Gesellschaft und entlastet die Umwelt von den Folgen des Individualverkehrs. Kurzfristig fordern wir:

- **Ein Sozialticket für Bürgergeldempfänger und andere Personengruppen mit niedrigem Einkommen für den Landkreis Reutlingen.** Unter diese Regelung fallen Personen, die ein Einkommen von maximal 30% über dem Existenzminimum haben. Der Preis für das Sozialticket soll nicht über dem Betrag liegen, der beim Bürgergeld für Fahrkarten ausgewiesen ist

**Die Regionalstadtbahn ist unverzichtbar für einen attraktiven Nahverkehr in der Region.** Die Planungen hierfür müssen deutlich forciert werden. Durch die Regionalstadtbahn werden der ÖPNV und damit die Verkehrssituation in der Region Neckar-Alb insgesamt nachhaltig verbessert, da sie

eine attraktive Alternative für viele Pendler eröffnet - wie die Beispiele Karlsruhe und Heilbronn aufzeigen. **Die Radwege im Landkreis sollen beschleunigt ausgebaut und durchgehend einheitlich beschildert werden.**

## 6. Bezahlbarer Wohnraum

Die Versorgung mit Wohnraum, den sich die Bürger\*innen leisten können, gehört nach Meinung der LINKEN ebenfalls zur Aufgabe des Landkreises. Die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften können die riesige Bedarfslücke an Sozialwohnungen nicht ausfüllen und entwickeln aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu wenige Aktivitäten im Sozialen Wohnungsbau. Im Landkreis Reutlingen sind vor allem die kleineren Kommunen in diesem Sektor auf sich allein gestellt und holen sich Hilfestellung bei Wohnungsgesellschaften aus der Region, deren Kapazitäten jedoch begrenzt sind. DIE LINKE fordert daher weiterhin:

- **Gründung einer Kreisbaugesellschaft.**
- **Koordination der Gesamtplanung** für den sozialen Wohnungsbau im Landkreis.

## 7. Förderung und Integration von Arbeitslosen

DIE LINKE lehnt Sanktionen für Bürgergeld-Empfänger\*innen ab. Die Jobcenter müssen ihrer arbeitsmarktpolitischen Verpflichtung nachkommen. Da in den Trägerversammlungen der Jobcenter gleichberechtigt kommunale Vertreter\*innen sitzen, verfügt der Landkreis über einen nicht unerheblichen Einfluss auf die jeweils jährlich zu beschließenden Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme.

- **Weniger 1 €-Jobs** und stattdessen die Schaffung bzw. Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- **Ausbau von Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten** mit hohen fachlichen Standards - zu den Bedingungen „Guter Arbeit“ - in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Berufskollegs und freien Trägern.
- **Wer von „guter Arbeit“ redet, muss auch ja zur Tariftreue sagen** und in der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand die Betriebe bevorzugt beauftragen, die Arbeitnehmerschutz und faire Arbeitsbedingungen gewährleisten. .
- **Mehr qualifiziertes Personal im Jobcenter**, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter\*in deutlich zu verringern.
- **Angemessene Unterkunfts- und Heizkosten** müssen in tatsächlicher Höhe übernommen werden.
- **Keine Zwangsumzüge und auch keine Strom-, Wasser- und Gassperren.** Es darf nicht sein, dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig Geld haben.
- **Einführung von Sozialtarifen** im Energiebereich.



## 8. Lokale Initiativen für den Klima- und Umweltschutz

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine beheizte Wohnung und Stromversorgung. Daher gehören erstens die Energieversorgungsnetze in die Hand der Kommunen, nicht in jene privater Konzerne. Zweitens wollen wir eine Demokratisierung der Energiewirtschaft, insbesondere durch die Förderung genossenschaftlich organisierter, lokaler Energieversorger. Neben dem Sozialen hat das Thema Energieversorgung aber auch den ökologischen Aspekt, da die Energieproduktion von heute nicht zu Lasten der künftigen Generationen gehen darf. DIE LINKE sieht sich dem 1,5 Grad-Ziel des UN-Klimarahmenabkommens verpflichtet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Deshalb erstreben wir eine mittelfristige Umstellung auf 100% erneuerbare Energie, was wiederum nur durch Investitionen in dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen zu erreichen sein wird. DIE LINKE fordert:

- **Eine Energieleitplanung**, um systematisch Möglichkeiten für die erneuerbare Energie und Wärmeversorgung zu erheben.
- **Einen Klimaschutzfonds**, um Energiesanierungs- und Einsparkreisläufe zu etablieren
- **Klimaanpassungskonzepte** und klimaneutrales Bauen im Hoch- und Tiefbau.
- **Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien** für alle Liegenschaften des Landkreises.
- **Unterstützung von Ressourcen schonendem Verhalten**, Energiesparen und Abfallvermeidung, z.B. durch ein Programm für klimafreundliche Elektrogeräte an mittellose Haushalte.
- **Vorrangigen Bezug des Landkreises von Produkten aus regionaler**, saisonaler und möglichst ökologischer Erzeugung.
- **Beschaffungen und Vergaben nur an Betriebe und Dienstleistende mit tariflicher** und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- **Waldbestände in kommunaler Hand zu erhalten** und pflegerisch zu bewirtschaften, da sie der Kohlenstoffspeicherung dienen.
- **Entwicklung neuer Abfallverwertungskonzepte**, die zur Energieversorgung im Landkreis beitragen.

## 9. Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte

Viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die Demokratie.

- **Die Bürger\*innen müssen rechtzeitig**, öfter und auch verbindlicher in Entscheidungen einbezogen werden.
- **Gerade bei kostenintensiven Großprojekten** und bei Vorhaben kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser und Verkehrsverbünde braucht es Möglichkeiten der Partizipation.
- **Bürger\*innenanträge und -entscheide** wollen wir auch auf Landkreisebene ausweiten.
- DIE LINKE fordert die **Direktwahl der Landräte und Landrätinnen**.

## 10. Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land

DIE LINKE steht voll zu der beschlossenen Kulturkonzeption des Landkreises. Kultur schafft Identitäten und überwindet Grenzen, sie sorgt für Austausch und Lebensqualität in den Kommunen. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und wirken allen Versuchen entgegen, diese zu beschneiden. Dabei sind sowohl kommunale Kulturträger als auch freie Gruppen und nicht kommerzielle Angebote gleichwertig zu sehen. Das bedeutet für DIE LINKE konkret:

- **Wir unterstützen hier besonders den Aufbau von selbstverwalteten Jugendzentren** sowie den Ausbau eigenständiger Kulturangebote für Jung und Alt
- **Vernetzung und verstärkte Förderung** bereits bestehender kultureller Angebote: Sie alle bedürfen einer auskömmlichen Finanzierung, um in die Gesellschaft hinein wirken zu können -
- **Künstler\*innen müssen von ihrer Arbeit leben können.**

## 11. Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen

Der Landkreis benötigt eine sichere finanzielle Ausstattung! Für dringend notwendige Investitionen könnten Ländern und Kommunen zusätzliche Einnahmen aus Millionärssteuer sowie Erhöhung der Erbschaftsteuer und des Spitzensteuersatzes zu Gute kommen. Wir wollen eine Reform der Kommunalfinanzierung, um die Gestaltungsspielräume für den Landkreis zu erweitern.

- **Wir setzen uns ein für eine Kreisumlage**, die die Möglichkeiten des Landkreises, die Daseinsfürsorge für seine Bürger\*innen zu gewährleisten, endlich sicherstellt.

## 12. Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Um Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen fordert DIE LINKE:

- **Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen:** Freier Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Sportangeboten und Museen. Öffentliche Dienstleistungen müssen stärker an gesellschaftliche Bedürfnisse und neue technologische Möglichkeiten angepasst werden. In Härtefällen zudem kostenfreie Benutzung der ÖPNV Mittel
- **Als Zwischenschritt zum freien Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen** muss ein Sozialpass in allen Kommunen eingeführt werden, der Familien und Menschen mit wenig Einkommen weitreichende Vergünstigungen
- **Die „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“ im Landkreis Reutlingen** sollen weiter entwickelt und langfristig etabliert werden. Hierfür sollen feste Arbeitsplätze mit qualifiziertem Fachpersonal geschaffen werden.